

Der Staatsbürger rüstet auf

Eine Polemik gegen die „Erfurter Erklärung“

I.

Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise ist die notwendige Spaltung der Gesellschaft in Klassen.

Nur unter dieser Voraussetzung verwandelt sich das als Ware produzierte Arbeitsprodukt vermittels des in ihm enthaltenen Mehrwerts in Kapital. Der aus diesem Sachverhalt resultierende Widerspruch macht sich immer wieder auch als Konfrontation verschiedener Interessen unterschiedlicher Menschengruppen geltend.

Aber wie der Gegensatz zwischen Gebrauchswert und Tauschwert der Ware eine Verlaufsform im Geld findet, so findet der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Proletariat und Bourgeoisie eine im Staat.

Wie der Mensch als Bürger nur seinen Privatinteressen nachzugehen beliebt, so kümmert er sich als Staatsbürger, als Citoyen um die Angelegenheiten des Allgemeinen. Wie er als Bürger ganz Betriebswirtschaftler und Privater, so ist er als Citoyen ganz Volkswirtschaftler und Politiker. Da die Aktivitäten des Bürgers als Citoyen immer darauf abzielen, die Bedingungen und Möglichkeiten des Bürgers nicht nur zu erhalten, sondern permanent zu verbessern, konstituiert der Bourgeois immer wieder den Citoyen – setzt ihn aus sich heraus. Sie fallen im Alltagsleben – obwohl sie sich auch mal in den Haaren liegen können – mehr oder weniger stark ausgeprägt, bedingt durch die Umstände – in Eins.

Die aus verschiedenen Klassen bestehende und fragmentierte Gesellschaft entwickelt evidenterweise unterschiedliche, gegensätzliche Vorstellungen vom Gemeinwohl. Das den Klassenwiderspruch anerkennende Allgemeinwohl wird von der Gesellschaft als Staat aus ihr herausgesetzt, um diesen Widerspruch nicht ausbrechen bzw. nicht zum Bruch fortschreiten zu lassen. Der Staatsbürger bzw. Citoyen, sei er politisch links oder rechts eingestellt, hat nun ein feines Näschen dafür, wenn die beste aller Welten – seine – zunehmend gefährdet ist.

II.

In solch finsternen Zeiten, wo der Klassenwiderspruch heftig aufzubrechen droht, springt dem beunruhigten Bürger auch immer wieder einmal der linke Citoyen – nicht selten getarnt als Sozialist – zur Seite. So auch wieder am 9. Januar dieses Jahres, als die sogenannte Erfurter Erklärung beherzt in unser aller Leben trat.

Unser linker Citoyen empört sich, daß „in unserem formal vereinten Land“ die „regierende Politik“ „in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlender Perspektive versunken“ sei.

Und weiter: „Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört.“

Was ist also des linken Citoyens Maßstab für die Bewertung des jetzigen Zustands von „gnadenloser Ungerechtigkeit“ und „fehlender Perspektive“? Antwort: Die ganz normale Ungerechtigkeit und Perspektive der normalen Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen der alten Bundesrepublik, vor der Vereinigung mit dem Territorium der DDR. Denn die ganz normale Ungerechtigkeit der alten Nachkriegs-BRD basierte, aus verschiedenen ökonomischen, historischen und politischen Gründen – die hier nicht behandelt werden können – auf einem Klassenkompromiß, der die Arbeiterklasse partiell an der Steigerung der Mehrwertraten und damit der Anhäufung des gesellschaftlichen Reichtums relativ

teilhaben ließ. Dies ging mit vielfältigen gesellschaftlichen und Klassenkämpfen einher, die auch zu bedingter Gewährung kultureller und sozialer Teilhabe führte. Der von den Verfassern und Unterzeichnern der Erfurter Erklärung bemühte sog. „soziale Konsens“ war nichts anderes als die bürgerliche Bezeichnung für diesen notwendigen Klassenkompromiß und sicherte so den „Erfolg“ der Bundesrepublik Deutschland und so ganz nebenbei des Kapitals freier Welt. Mag auch der „relative Lohn“ (Marx) im Verhältnis zum Profit der Unternehmen höher gewesen sein als heute, und mag die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben nicht ganz so offensichtlich, unverblümt und unverschämt vonstatten gegangen sein, an dem wesensmäßigen Grundgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, änderte dieser Zustand überhaupt nichts. Nämlich daran, daß die, die über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen, sich ihn in immer weiter zunehmenden Proportionen kostenlos aneignen, und damit die ganz normale Umverteilung vornahmen.

Der Tatbestand also, daß sich dem Arbeiter gegenüber seine gegenständlichen Arbeitsbedingungen (wozu neben den Produktionsmitteln durchaus auch die unmittelbaren Konsumtionsgüter wie Ess- und Trinkbares, Kleidung, Wohnung. usw. gehören) immer mächtiger als Produkte und Eigenschaften und damit letztlich Herrschaft des Kapitals, seiner Charaktermasken (der Kapitalisten) und seines geschäftsführenden Ausschusses (des Parlaments) aufrichteten, wurde nicht nur nicht tangiert, sondern im großen Maße faktisch, ideologisch und politisch befestigt. Diese Selbstvergessenheit der im wesentlichen nicht bewußt revolutionären Kämpfe, die der Legende von dem Königsweg sozialer Marktwirtschaft zugrundeliegt, wird uns heute u.a. von der Erfurter Fraktion der herrschenden Klasse angeeignet.

Was hier nur angedeutet werden kann, ist die Schattenseite dieses 50jährigen Prozesses, der die Arbeiterklasse größtenteils in einen Zustand des An-sich-seins zurückwarf und somit ziemlich jedes revolutionäre Klassenbewußtsein zerstörte. Dies geschah nicht zuletzt mit Hilfe des Umstands, daß der Faschismus vorher über 50 000 kommunistische Kader liquidierte und die junge Bundesrepublik die Übriggebliebenen massiv verfolgt und unterdrückt hat. Seine negativen psychischen und physischen Auswirkungen auf dieser Klasse zugehörige Individuen sind bisher seltenst Gegenstand der kritischen Forschung gewesen. Diese Auswirkungen werden von den Erfurter Wölfen im Schafsfell indirekt gelegnet und so diese Individuen von ihnen nochmals verleumdet.

Jeder Sechste ist Alkohol- oder Tablettenabhängig, kaum jemand hält es im Betrieb aus, ohne sich auf die eine oder andere Art zu betäuben. Jeder Dritte war schon einmal mit psychosomatischen Beschwerden in ärztlicher Behandlung. Jedes Jahr wird jeweils eine Kleinstadt durch Selbstmord, Autounfälle und Betriebsunfälle ausgelöscht.

Inwieweit z.B. Massenkrankheiten wie Krebs, Herzinfarkt und Schlaganfall mit dem ganz alltäglichen Leiden der Individuen korrespondieren, wird sich endgültig erst nach Aufhebung des kapitalistischen Formzusammenhangs und seiner strukturellen, in seinen Alltagsstrukturen eingefaßten Gewalt zeigen.

Diese „Perspektive“ der Politik der alten Bundesrepublik, die relativ ungestörte Kapitalakkumulation bei gleichzeitig gedeckelter Ausbeutung und psychischer Verelendung weiter Teile der Klasse ist also das rückwärtsgewandte Ziel der Verfasser der Erfurter Erklärung. Bitte keine „radikale Umverteilung“ zugunsten der „Einfluß-Reichen“, sondern nur die ganz normale Umverteilung zu ihren Gunsten. Sonst, so warnt der verantwortungsbewußte linke Staatsbürger, wird der „soziale Konsens“ zerstört. Und das ist nun das Letzte, was er will, der linke Citoyen: daß es womöglich noch zum offenen Klassenkampf kommt!

Und deshalb empfiehlt er: „In dieser Lage müssen sich in unserem Land (Die Arbeiterklasse hat kein Vaterland; M.G.) alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie (...) zu übernehmen.“

III.

Um die „sozial begründete Republik“ nicht zu „zerteilen“, so der Staatsbürger der Erfurter Erklärung, bietet sich folgendes Rezept: „Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik.“ Wie macht man das? Ganz einfach: „Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein.“ Die Begründung der Massenarbeitslosigkeit und das Rezept ihrer Überwindung wird dann in Punkt 4 der Erklärung zu einem ungenießbaren Brei staatsinterventionistischer, proudhonistischer Reformutopien zusammengemührt, an dessen Ergebnis – sollte es denn je so weit kommen – sich die Gesellschaft im günstigsten Fall kräftig den Magen verderben würde.

Alles was dann in diesem Punkt folgt, erklärt überhaupt nichts mehr, sondern ist ein einziger ökonomischer Unsinn, der sich vermengt mit den politischen Utopien und Wünschen des linken Staatsbürgers und Programmfragmenten von SPD, PDS und GRÜNEN. Mag man auch mit einzelnen Punkten der Vorschläge, wie zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung, sympathisieren, ihre Unverdaulichkeit ergibt sich zudem auch aus der Perspektive, aus der sie vorgeschlagen wird, nämlich als Rezept, die weitere Kapitalakkumulation zu gewährleisten und den sozialen Konsens nicht zu gefährden. Deshalb werden sie in dem Papier letztendlich auch nicht von der Arbeiterklasse erkämpft, sondern staatlicherseits von oben verordnet. Das perfideste aber an dieser ganzen Darstellung ist deshalb auch die Unterschlagung der Wucht des gesellschaftlichen Konflikts, den der Versuch der Umsetzung so einer Programmatik auslösen würde. Die kurze Behandlung zweier Beispiele muß hier hinreichen, um die Unverträglichkeit dieser Giftküche des Reformismus mit der gesellschaftlichen Realität anzudeuten.

So wird behauptet, daß „es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management“ fehlt. Die „rückläufigen Wachstumsraten“, so wird der Zusammenhang suggeriert, wären bei entsprechender Kaufkraft zu kompensieren. Ein „vorausschauendes Management“ hätte also seinen Arbeitern einen guten Lohn zu zahlen, damit diese ihm seine Waren abkaufen können. So verweist die Erklärung auf einen Artikel der Züricher Weltwoche, „der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient?“ Nun ist dies tatsächlich für viele Einzelkapitale eine – gelinde gesagt – unerquickliche Situation, bis hin zur ihrer Existenzgefährdung. Und jedes dieser Einzelkapitale sähe es deshalb bestimmt nicht ungern, wenn alle anderen ihren Arbeitern einen möglichst hohen Lohn zahlen würden, damit sie als Konsumenten jenem Einzelkapital, nennen wir es A, seine Waren abkaufen können. Es selber muß leider, zumindest solange bis dieser wünschenswerte Zustand eintritt, bei seinen Arbeitern genau entgegengesetzt verfahren. Es muß zum einen die Produktivität durch zunehmenden Maschineneinsatz erhöhen, und/oder die Verausgabung der Arbeitskraft intensivieren und verdichten, und/oder die Arbeitszeit verlängern und/oder den Preis der Arbeitskraft herabdrücken und/oder mit seiner Produktion dahin gehen, wo die Ware Arbeitskraft lohnenswert billiger ist. Dies alles natürlich nicht aus Böswilligkeit, sondern allein aus dem Grunde seine Waren wohlfeiler als seine Mitkonkurrenten anbieten und damit auf dem von nicht mehr verkaufbaren Waren überquellenden Markt doch noch losschlagen zu können. Die Crux besteht nun darin, daß alle anderen Kapitale, vor allem in der Form eines „vorausschauenden Managements“, ebenso zu verfahren haben, wenn sie nicht untergehen wollen, und dem Wunsche unseres Einzelkapitals A leider nicht nur nicht nachkommen können, sondern im Gegenteil diesen Wunsch mit bester Empfehlung zurückzugeben haben.

Bestimmendes Ziel und unmittelbarer Zweck der verallgemeinerten Warenproduktion, des Kapitalismus ist, aus Geld mehr Geld zu machen, die permanente Vergrößerung des abstrakten Reichtums, die rastlose und maßlose Selbstverwertung des Wertes. Im Unterschied zur unmittelbaren Form der Warenzirkulation – welche als solche niemals gesellschaftlich bestimmendes Produktionsverhältnis sein kann –, die bestimmt ist durch Ver-

kauf von Ware und Kauf von anderer Ware, also Ware gegen Geld und Geld gegen Ware tauscht (W-G-W), ist die Form Geld gegen Ware und Veräußerung der Ware wieder gegen Geld (G-W-G), „schon seiner Bestimmung nach Kapital“ (Marx). Die einfache Operation aber, G (1000DM)-W-G (1000DM) wäre, wie Marx sagt, „abgeschmackt und inhaltsleer“. „Eine Geldsumme kann sich von der anderen Geldsumme überhaupt nur durch ihre Größe unterscheiden.“ „Die vollständige Form dieses Prozesses ist daher G-W-G“, also die Verwandlung der ursprünglichen Geldsumme plus eines Inkrements. „Dieses Inkrement oder den Überschuß über den ursprünglichen Wert nenne ich – Mehrwert.“ (Marx)

Nun habe ich schon eingangs meiner Polemik darauf hingewiesen, daß die spezifische Form der Reichtumsakkumulation der kapitalistischen Produktionsweise, vermittelt des im als Ware produzierten Arbeitsprodukts enthaltenen Mehrwerts vonstatten geht und die Existenz von Klassen voraussetzt. Die Quelle von Mehrwert besteht einfach darin, daß die Ware Arbeitskraft weniger kostet, als sie selbst an Wert produziert. Neben dem Arbeitslohn, der für eine bestimmte Menge von Lebensmitteln steht und tatsächlich von den Arbeitenden selbst produziert worden ist, liegen die Quellen der Revenuen von Kapitalist und Bodenbesitzer, also Profit und Grundrente, in dem ebenfalls von der Arbeiterklasse erarbeiteten Mehrwert. Das Steueraufkommen eines Staates ergibt sich also abstrakt gesehen aus Abzügen vom Arbeitslohn und Abzügen vom Mehrwert. Soll nun also die Kaufkraft der arbeitenden Massen oder zumindest der momentan zwangsweise nicht arbeitenden Massen erhöht werden, um die „Binnennachfrage“ zu erhöhen, wie ich es glaube berechtigterweise aus der Erfurter Erklärung herauszulesen können, gibt es, will man nicht die Revenue Arbeitslohn antasten, wie es derzeit geschieht, nur zwei Möglichkeiten: Entweder 1.: Man zwingt die Kapitale, höhere Preise für die Arbeitskraft zu bezahlen, denn freiwillig werden sie dies nicht tun können, wie wir oben gesehen haben. Das würde die Mehrwertrate senken und damit die Bedingungen des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt verschlechtern, also letztendlich die Krisensituation verschärfen. Oder 2.: Die Steuern für nicht aus Arbeitslohn resultierende Revenuen werden erhöht.

Und da der Citoyen nüchtern und vernünftig ist, enttäuscht er uns nicht und fragt natürlich gleich darauf, „Wie (...) das alles finanzierbar“ ist? „Na, wie den?“ fragen wir uns auch und staunen über die geniale Schlichtheit der Antwort: „Ein einziges Kriterium würde Entscheidendes ändern: Steuerehrlichkeit.“

Höhere Besteuerung von Gewinnen, Geldtransfers, Erbschaften, Vermögen, Spekulation und Umweltzerstörung und damit Umverteilung von Oben zum Staat und teilweise nach unten. Begründung: „Was in den 50er Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?“ Nimmt man diese Frage ernst und nicht nur als Rhetorik, die auch noch den Mythos vom „Erhardtschen Wirtschaftswunder“ reproduziert, muß man sie zum Leidwesen des linken Citoyen mit einem klaren „Nein“ beantworten.

Der Gang der Entwicklung in den 50er Jahren kann grob wie folgt charakterisiert werden: Auf der Grundlage kriegsbedingter Kapitalvernichtung großen Ausmaßes entfaltet sich ein Akkumulationsmuster mit hohen Profitraten. Riesige Mengen lebendiger Arbeit werden zwecks Profitproduktion eingesaugt bei relativ niedrigem Kapitaleinsatz zur Erstellung von Infrastruktur, Wohnungen, Fabriken, Maschinerie, schnell wachsenden Exporten. Bei einem festen Dollarkurs von 1:4 DM sind deutsche Produkte billig auf dem Weltmarkt und das deutsche Kapital gegen Importe geschützt. In diesem Zeitraum erhöht sich bei schneller Akkumulation von Kapital auch der Lebensstandard der Lohnabhängigen. Allerdings von sehr niedrigem Niveau aus, mit der lohndrückenden Reservearmee der Vertriebenen im Nacken bis Mitte der 50er. Diese Lohnerhöhungen nicht dem Klassenkampf zuzurechnen, bis hin zu seiner Existenz auch in Gestalt des Ostblocks, sondern

neutral als Umverteilung zu bezeichnen, paßt haargenau in die staatsfetischistischen Denkmuster der Verfasser.

Demgegenüber versucht das Kapital seit den 70er Jahren die in den 60er Jahren klassenkampfbedingt auf den Hund gekommenen Profitraten krisenmaßstäblich nach und nach zu stabilisieren. Bei stetiger Überakkumulation von Kapital, hohem DM-Kurs und konkurrenzbedingtem ständigen Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinerie auf hohem Niveau. Durch einhergehende Reorganisation des Arbeitsprozesses wird versucht, die verschärfte Disziplinierung und Unterwerfung der Arbeiterklasse unter das Verwertungs-diktat zu festigen, um die Ausweitung unbezahlter Mehrarbeit durchsetzen zu können.

In diesem Sinne spricht die FAZ vom Reformstau der Deregulierung der Ware Arbeitskraft. Die Rezepte der Erfurter Erklärung sind machtpolitisch von oben nicht durchsetzbar, höchstens durch einen ungeheuren Druck der Straße, wogegen die französischen Kämpfe der letzten Jahre als Kinderspiel erscheinen. Würden die Rezepte auch nur in einem einzelnen Land mit dem wirtschaftlichen Gewicht der BRD umgesetzt, würden die Grundfesten der Profitproduktion wanken.

Das ist ja gerade der Witz, daß es weder mangelt an Gebrauchswerten noch an abstraktem Reichtum in der Form von Geld, sondern daß die Möglichkeiten des Prozesses, dieses Geld in Waren und diese durch Arbeit veränderten Waren dann in mehr Geld zu verwandeln, momentan beschränkt sind und dieser Prozeß ins Stocken und Stottern geraten ist. Entweder wissen also die Autoren der Erfurter Erklärung nicht, wovon sie sprechen, oder sie propagieren ganz bewußt merkwürdig halbherzige, waghalsige Versuche, die Gesetze entfalteter Warenproduktion etatistisch zu modifizieren, ohne sie abschaffen zu wollen. Darin liegt die Verwandtschaft mit rechtspopulistischen Vorhaben, die allesamt nach Erreichen der Futtertröge der Macht zum repressiven Zwangssystem der Arbeit überzugehen drohen.

IV.

Im Punkt 6 der Erklärung kommen wir dann endlich zu dem politischen Zweck, dem der ganze Unsinn ihrer vorhergehenden Seiten dient.

Es ist der zum Scheitern verurteilte Versuch des linken Citoyens, in die große Politik einzugreifen und SPD, GRÜNEN und PDS zu empfehlen zusammenzuarbeiten, um gemeinsam die Regierung zu übernehmen.

So sagen sie: „Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert.“ Vielleicht so könnte man denken, soll sie lieber mit äußerem Feindbild regieren. Aber ganz ohne Polemik. Das ist des Staatsbürgers Welt: Die Verneinung des Feindes im eigenen Land, die Politik der Klassenharmonisierung. Als wenn der „Sozialneid“ und das „Feindbild“ vom Kopf in die Wirklichkeit kommt und nicht aus der Wirklichkeit in den Kopf. Ebenso wie die Religion permanent von Gerechtigkeit, Vergebung und Harmonie redet, ohne die Existenzbedingungen, die immer wieder das Gegenteil hervortreiben, antasten zu wollen, so will der harmoniesüchtige Citoyen mittels der Politik die Gerechtigkeit auf der Grundlage ihres Gegenteils. Wie sagte Marx noch: „Reform des Bewußtseins, nicht durch Dogmen, sondern durch Analysierung des mystischen sich selbst unklaren Bewußtseins, trete es nun religiös oder politisch auf. Es wird sich dann zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen.“ (MEW 1, S. 345)

Anhang

„Erfurter Erklärung“

Dokumentation: In der „Erfurter Erklärung“ fordern linke Intellektuelle eine neue, soziale Politik. Und die wird nur durchsetzbar sein, wenn man die PDS nicht ausschließt. (Quelle: TAZ vom 10.01.97, S. 10)

Bis hierher und nicht weiter!

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Grundgesetz, Artikel 14.2

1. Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört. Der Kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik. Was von der Bundesregierung unter der Vorspiegelung von Reformen verfügt wird, erweist sich als geistig-moralischer Bankrott. Der Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit führt Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme in die Krise, und der öffentliche Schuldendienst vermehrt den Reichtum der Banken und der Besitzer großer Geldvermögen. So entsteht Macht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Es handelt sich nicht um einen Konjunkturunbruch, vielmehr stehen wir mitten in einem Epochenwechsel. In dieser Lage müssen sich in unserem Land alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen.

2. Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik. Die deutsche Einheit wird zum massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik mißbraucht. Niemand unterschätze die Dramatik der Lebenssituation in den ostdeutschen Ländern: Sehr viele neue Bundesbürger erleben, was gegenwärtig geschieht, als Enteignung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit. Im Westen meinen viele, sie geben ihr Bestes dem Osten, dort meinen viele, man nimmt ihnen das Letzte. In Ost und West gemeinsam sehen sich jedoch Millionen Mitbürger durch immer schwerwiegendere Belastungen vor unlösbare Probleme gestellt.

3. Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Resignation löst kein Problem. Sie richtet nur Schaden an. Viele denken: Bis hierher und nicht weiter! Ihr Sammelpunkt ist der Wunsch nach Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und die Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.

4. Wir brauchen eine andere Politik. Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein. Es fehlen in der Bundesrepublik 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze. Die Gründe dafür liegen nicht im mangelnden Export. Auch nicht bei den Lohnstückkosten und angeblich übersteuerten Sozialpflichten. Sie liegen bei der enorm gestiegenen Produktivität, den rückläufigen Wachstumsraten und den ver-

säumten Konsequenzen für die Arbeitszeit. Auch fehlt es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management. „Kapitalisten hört die Signale!“ überschrieb unlängst die Züricher Weltwoche einen Leitartikel, der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient? Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen: Jede Schuldenmilliarde der öffentlichen Hände macht Bund, Länder und Kommunen abhängiger von den Geldgebern. Kapital ist reichlich vorhanden: Neuneinhalb Tausend Milliarden Mark macht die Summe der persönlichen Vermögen in der Bundesrepublik aus. Die Hälfte davon gehört zehn Prozent der Haushalte. Zugleich wirken angekündigte Massenentlassungen wie Siegesmeldungen an der Börse. Sie treiben die Aktienkurse nach oben und machen die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen. Wer für die Benachteiligten nur noch den Zynismus „Sozialheid!“ übrig hat, verhöhnt die Sozialpflicht des Eigentums nach dem Grundgesetz. Die herrschende Politik zerteilt die sozial begründete Republik. In ihrem Polarkreis erstarrt das Eintreten füreinander. Wenn Notstand an Arbeit herrscht, muß sie neu und gerecht verteilt werden, durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß sich an dem Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen orientieren. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Wir brauchen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, und wir brauchen Reformen des Sozialstaats, die den Namen verdienen: Die Systeme der sozialen Sicherung müssen armutssicherer gemacht werden. Der historisch-politische Auftrag des Grundgesetzes erfordert angesichts sich ausbreitender Massenarmut eine Stärkung der Prinzipien des Solidarausgleichs und der sozialen Mindestsicherung. Statt die „Zwänge“ der deregulierten Güter- und Kapitalmärkte als Schicksal hinzunehmen, brauchen wir eine Regierung, die handelt: Sie muß in der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation, gegenüber dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank für sozialökologische und demokratische Rahmenbedingungen eintreten.

5. Wie ist das alles finanzierbar? Ein einziges Kriterium würde Entscheidendes ändern: Steuerehrlichkeit. Die Finanz- und Steuerpolitik muß ihren Kurs korrigieren. Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden. Durch einen gesetzlichen Ausgleich der Lasten zwischen West und Ost, Alt und Jung, Erben und Armen kann die Bundesrepublik um vieles humaner werden. Was in den fünfziger Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?

6. Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut-Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollenden der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat überträgt ihr eine zwiespältige Rolle, weil nur zu oft der Eindruck einer großen Koalition entsteht. Die SPD muß ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Re-

formen auf neue Weise gerecht werden: Sie muß auch in nachhaltig veränderten Zeiten mehr Demokratie wagen.

Von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer „Ein-Punkt-Kompetenz“ (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle die FDP ersetzen. Wer von den Grünen diese Vorstellung absurd empfindet, wird die Mathematik der Mehrheit realistisch sehen. Es gilt, für eine parlamentarische Kraft neben der SPD, die in den ostdeutschen Ländern eindrucksvoll gewählt wird, offen zu sein.

Von der PDS fordern wir: Ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein.

An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird. Lassen Sie niemand im Zweifel, wie schwierig es sein wird, Kompromisse einzugehen und dennoch die eigene Unverwechselbarkeit zu bewahren. Gleichzeitig die Kraft für neue Konzeptionen, Theorie und Vision aufzubringen, erfordert Toleranz in den eigenen Reihen.

7. Wir brauchen eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern. Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen. Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.

Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altvater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne; Daniela Dahnm, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft [Thüringen und Sachsen]; Jürgen Fischbeck, Physiker; Max von der Grün; Stefan Heym; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Prof. Dr. Walter Jens; Dr. Inge Jens, Literaturwissenschaftlerin; Dieter Kelp, Pfarrer; Toni Krahl, Rockmusiker; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Prof. Dr. Peter von Oertzen; Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf, Schriftsteller; Bodo Ramelow, HBV-Vors. Thüringen; Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker; Dr. Erika Runge, Schriftstellerin und Psychoanalytikerin; Herbert Schirmer, Kulturminister a.D.; Gisbert Schlemmer, Vors. Gewerk. Holz + Kunststoff; Horst Schmitthener, geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall; Friedrich Schorlemmer, Theologe und Publizist; Prof. Dr. Dorothee Sölle; Frank Spieth, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo, Journalist; Prof. Dr. Uwe Wesel; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, MdB

- Erfurter Erklärung. Bis hierher und nicht weiter.
- Für eine gerechtere Teilung von Einkommen und Arbeit.
- Erwerbsarbeit an gesellschaftlichen Nutzen und ökologischer Nachhaltigkeit orientieren.
- Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung.
- Für eine andere Politik.
- Verantwortung für die soziale Demokratie

Kontaktadresse:

Erfurter Erklärung, c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Fax 0361-6599899, Tel.: 0361-5961399